

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 pbbn d

## Inhalt

Helmut Rohde zur Resonanz  
auf das Lafontains-Buch:  
Aufgeschreckt.

Seite 1

Gerd Börnsen MdL zum  
Zustand der CDU Schleswig-  
Holstein: Heiko Hoffmann,  
Spitzenkandidat einer Not-  
gemeinschaft.

Seite 3

### Rezension

Karsten Schröder stellt das  
neue Buch von Egon Bahr  
vor: Unorthodoxe Vorschlä-  
ge zur Deutschlandpolitik.

Seite 6

43. Jahrgang / 47

9. März 1988

### Aufgeschreckt

Ein Buch, die Politik und die Folgen

Von Helmut Rohde  
Ehemaliger Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für  
Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Auch eine Industrielle Revolution läßt sich nicht überlisten. Ihre Auswirkungen auf den Charakter der Gesellschaft haben inzwischen die Politik eingeholt. Was Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik jahrelang als konjunkturelle Dellen und vorübergehende Flauten begutachtet haben, hat sich als folgenreiche Veränderung des Industrie-, Beschäftigungs- und Sozialsystems herausgestellt. Wer glaubt noch, daß am Jahrhundertende lediglich ein Konjunkturtal abzuwarten oder finanziell zu überbrücken ist. Die Pferde saufen nicht mehr aus den alten Tränken. Das öffentliche Bewußtsein spiegelt das mehr wider als die Politik. Kein Wunder, daß in dieser Lage ein Buch wie das von Oskar Lafontaine ein solches Aufsehen erregt hat. Es erschien eben nicht zur Unzeit.

Man kann darüber streiten, ob es der intellektuelle Charme des Buchtextes oder die Defizite der Politik sind, die für dieses Aufsehen gesorgt haben. Das mag die Rezensenten beschäftigen. Für die Politik ist es viel wichtiger, sich aufzuschließen für eine Diskussion über die soziale Zukunft. Ihr liegt öffentliche Unruhe zugrunde - vom Ruhrgebiet bis in die ländlichen Regionen. Immer hartnäckiger wird gefragt, warum der sozialökonomische Strukturwandel so lange verdrängt, die Politik nicht couragierter darauf ausgerichtet worden ist. Hinter vorgehaltener Hand und verschlossenen Türen läßt sich darauf nicht mehr antworten. Auch die globalen Parolen sind matt geworden.

Parteien müssen in ihrem eigenen Ringen die soziale Unruhe der Bevölkerung widerspiegeln und konkreter antworten, wie sie auf den Strukturwandel am Jahrhundertende reagieren wollen.

Das anzumahnen, ist ja keine Sucht nach intellektuellen Glasperlenspielen. Dem liegen unerledigte Sachverhalte zugrunde:

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressahaar 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kunststoff-Übersicht  
mit verschiedenen Farben  
Recycling-Papier



die Verwerfungen am Arbeitsmarkt, die sozialen Bedingungen neuer Produktionsökonomien, die Ungleichgewichte in den Finanzen und Leistungen der sozialen Sicherungssysteme, die Diskrepanzen zwischen finanziellem Aufwand und sozialem Ertrag, bei dem die Regulierung von Schäden immer teurer und die soziale Vorsorglichkeit immer geringer wird. Nicht zuletzt ist es der Verfall der sozialen Geographie in der Bundesrepublik, der wirtschaftliche Ungleichgewichte und die soziale Bedrängnis von immer mehr Menschen zur Folge hat.

Unter der glatten Oberflächlichkeit haben sich inzwischen soziale Dünungen entwickelt, die in schwere Wasser führen. Daß die These „weiter so“ nicht weiter bringt, gilt für alle, besonders für die Glaubwürdigkeit von Politik.

Es ist weder neu noch überraschend, daß sich die Frage nach der sozialen Zukunft vor allem im Blick auf Arbeit, Arbeitszeit und Einkommen zuspitzt. Seit Jahren ist das so - bei Arbeitskämpfen und politischen Auseinandersetzungen. Auch der SPD-Vorstand muß das geahnt haben, als er in seinem sozialpolitischen Programmentwurf den Hinweis aufnahm: „Die Umverteilung der Arbeit ist nicht ohne Konflikte zu erreichen, denn sie ist mit Umverteilung von Einkommen verbunden.“

Die Erfahrungen spiegeln das wider. So wurde schon in den 70er Jahren davor gewarnt, die neuen Dimensionen der Bildungsexpansion, ihre qualitativen und quantitativen Folgen auf herkömmliche Arbeits- und Einkommensstrukturen stoßen zu lassen. Man könne nicht Aufstieg durch Bildung versprechen und Abstieg trotz Bildung zum Konflikt geraten lassen.

Auch machten wir die Erfahrung, daß neue Arbeitszeitkonzepte mehr für die Zukunft der Arbeit bewegten, als jene gelegentlichen öffentlichen Abschlagszahlungen, mit denen man sich den Notwendigkeiten des sozialen Strukturwandels zu entziehen suchte. Es zeigte sich gleichzeitig, daß Nachfrage und soziale Sicherheit nicht nur über Einkommen, sondern auch über die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu stabilisieren sind. Jahrzehntelang sind übrigens in den Tarifverhandlungen der Lohn und die Zeit der Arbeit miteinander verrechnet worden. Wenn das so ist, kann man auch darüber reden. Durch den Schlagabtausch dieser Tage, seinem agitatorischen Juckreiz darf man sich nicht von seinen Erfahrungen und Einschätzungen abbringen lassen.

Nachdem Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Arbeitsangebote zu einer Kernfrage der sozialen Strategie in der Periode industrieller Umgestaltung geworden sind, muß man ihre Konturen profilieren und nicht Schweigsamkeit verordnen. Die Frage ist öffentlich und eindeutig geworden: wie mit neuen Arbeitszeitkonzepten gleichzeitig der Bewegungsraum zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und der zukünftige Weg zur Arbeits- und Lebensgestaltung erweitert werden kann. Es muß über Zeit, Einkommensstrukturen und neue Arbeit geredet werden. Das verlangt den Willen zum sozialen Ausgleich und zur arbeitsmarktpolitischen Verbindlichkeit. Damit ist gemeint, daß dieser neue Bewegungsraum weder für zusätzliche Betriebsgewinne, noch für öffentliche Haushaltstricks ausgenutzt und mißbraucht wird. Die soziale Moral der heutigen Diskussion besteht darin, daß ihre Ziele gesellschaftspolitisch verbindlich gemacht werden.

Oskar Lafontaine wird vorgeworfen, sein Buch beschäftige sich mehr mit der Farbigkeit sozialphilosophischer Horizonte als mit den Strapazen einer sozialen Strategie. Bücher sind eben kein Ersatz von Politik. Aber im Gefolge der jetzt aufgebrochenen Debatte werden die Strukturprobleme dieser Gesellschaft auf die Rampe drängen. Die industrielle Revolution präsentiert ihre sozialen Seiten. Sich darüber auseinanderzusetzen, darauf Politik zu konzentrieren, ist für die Zukunft der Menschen und das politische Ansehen besser, als durch Geschlossenheitsrituale sich in Langeweile und Resignation abdrängen zu lassen.

(-/9.3.1988/rs/ks)

\* \* \*

Helko Hoffmann, Spitzenkandidat einer Notgemeinschaft

Zum Zustand der CDU Schleswig-Holsteins

Von Gerd Börnsen MdL

Jetzt ist es parteiamtlich: Heiko Hoffmann heißt der neue Hoffnungsträger der CDU in Schleswig-Holstein. Mit einem eindeutigen Votum wurde er auf dem CDU-Landesparteitag in Timmendorfer Strand als Bewerber seiner Partei für das Amt des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein bestätigt. Der amtierende Justizminister ist ein sympathischer und respektable Mann. Vor genau vier Monaten war er es, der auf dem CDU-Landesparteitag in Timmendorf als erster CDU-Landespolitiker Björn Engholm um Entschuldigung für die Machenschaften seiner Partei im Wahlkampf 1987 bat. Das eisige Schweigen des Funktionärskorps - angeführt vom Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg - bei dieser Geste der Versöhnung erklärt das Zögern Hoffmanns bei seiner Bewerbung um die Spitzenkandidatur. Als ehemaliger Fraktionsvorsitzender seiner Partei bestens mit den Strukturen 37jähriger CDU-Herrschaft vertraut, wußte er, welchen Widerstand der Apparat einem „Neuanfang“ entgegensetzen würde.

Dramaturgisch war der Parteitag vom Wochenende (Hoffmann: „Wir blickten zurück; heute blicken wir nach vorn.“) als das Ende der Vergangenheitsbewältigung und zugleich als inhaltlicher und personeller Neuanfang geplant. Haben die Ergebnisse und der Verlauf des Parteitages dem Parteitagsmotto „Neu denken!“ entsprochen? Wie neu denkt die Partei, der Apparat der CDU in Schleswig-Holstein?

Die Rede von der Hoffmann-CDU versus Stoltenberg/Schwarz-CDU ist keine Erfindung der SPD, sondern „FAZ“-Befund, der in Timmendorf bestätigt wurde. Für den Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg waren es nur „Einzelne“, die an dem Kieler Komplott beteiligt waren; dem Erfinder des Strategie-Papiers und Vordanker, CDU-Generalsekretär Reichardt, dankte Stoltenberg für sein „beispielhaftes Engagement im Dienst der CDU“ und die CDU in Schleswig-Holstein ist laut Stoltenberg „im Kern gesund“. Man mag Stoltenberg Versagen in seinem Amt als Finanzminister vorwerfen, aber als Landesvorsitzender schätzt er noch immer die Seelenlage und Denkstruktur seiner Partei richtig ein. Dies zeigt nicht nur der Applaus bei den zitierten Passagen aus Stoltenbergs „Bericht zur politischen Lage“, sondern auch das Stimmverhalten der Delegierten bei der Aufstellung der Landesliste.

Bestraft wird, wer sich gegen den Corpsgeist versündigt: Dies traf insbesondere den Abgeordneten Graf Kerssenbrock. Dessen innerparteiliche Kritik an verfestigten Machtstrukturen und Diskussionsunwilligkeit in Partei und Fraktion wurde bei drei vergeblichen Anläufen, auf die Landesliste zu kommen, mit maximal 40 Stimmen sanktioniert. Aber auch der Fraktionsvorsitzende Klaus Kribben, der innerparteilich zur Stoltenberg/Schwarz-Gruppe gezählt wird, bekam seinen Dankzettel, weil er es an der nötigen Corpsloyalität hatte fehlen lassen. Er hatte Barschel zu früh fallen gelassen. Der Name Barschel war auf dem Parteitag im übrigen tabu. Barschel ist für die CDU eine Unperson.

Genau gesehen ist auch Stoltenberg selbst ein Opfer jener Strukturen, die er als Landesvorsitzender seit 1971 maßgeblich mitgeschaffen hat. Stoltenbergs Stern ist nicht deshalb am sinken, weil er - aus der Sicht des Funktionärsapparates - ideologisch falsch liegt, sondern weil er die Profiteure des schwarzen Filzes um ihre Pfründe bringen kann. Für eine Partei, die nicht in die Opposition gehen kann, weil - wie der CDU-Landtagsabgeordnete Stock es formulierte, „wir das nicht gelernt haben“ - hat Stoltenberg in seiner Führungsaufgabe versagt. Die „kerngesunde Partei“ will ihn nicht mehr, weil möglicherweise am 8. Mai ein Debakel droht.

Die nackte Existenzangst des Apparates äußerte sich auf dem Parteitag in einer ganztägigen Abstimmungsschlacht um „aussichtsreiche“ Listenplätze. Stoltenbergs mehrfache Interventionen zugunsten einzelner Kandidaten - der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung wurde von ihm fünfmal ins Rennen geschickt - wurde mit Gelächter aus den Reihen der Delegierten beantwortet. Was in einigen Kommentaren als neu ausgegeben wurde, war in der Tat neu: Eine vom Machtverlust bedrohte Partei zeigt ihr wahres Gesicht. Heiko Hoffmann, vom schwarzen Machtkartell als „Isu“ und „Moralapostel“ denunziert, soll die Partei vor dem Schlimmsten bewahren: Hoffmann, der Spitzenkandidat einer Notgemeinschaft.

Wie die neue und alte CDU wirklich denkt, wurde Hoffmann ins Wahlprogramm geschrieben: Gestrichen wurde gegenüber dem Entwurf die Forderung „Wahlfreiheit zwischen Familie und Erwerbstätigkeit, damit Frauen ihr Leben freier gestalten und beides miteinander besser vereinbaren können“. Stattdessen heißt es im angenommenen Programm: „Ehe und Familie als Gemeinschaft auf Lebenszeit hat für uns eine herausgehobene Bedeutung. Diese Lebens- und Erziehungsgemeinschaft ist der wichtigste Ort individueller Geborgenheit und Sinnerfahrung.“ Ersatzlos gestrichen wurden die Forderungen des Entwurfs „Konkrete Maßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg“ und „Bessere Startchancen für Mädchen im Berufsleben“. Gegenüber dem Entwurf hinzugefügt wurde: „Wir werden gewährleisten, daß die steigende kriminelle Tätigkeit wirksam bekämpft wird und rechtsfreie Räume in Schleswig-Holstein nicht entstehen.“ Gegenüber dem Entwurf wurde auch eingefügt: „Ein Ausländerwahlrecht wird es nicht geben, da das Wahlrecht unabdingbar von einer deutschen Staatsbürgerschaft abhängig ist.“

Als Nachtrag bleibt zu ergänzen, daß der Landesvorsitzende Stoltenberg den Parteitag für „erfolgreich“ erklärte. Wegen der fortgeschrittenen Stunde und der Witterungsverhältnisse konnte der Parteitag die letzte Stimmauszählung nicht mehr abwarten. Selbst auf das Absingen des Schleswig-Holstein-Liedes und die erste Strophe des Deutschland-Liedes mußte verzichtet werden.

(-/9.3.1988rs/ks)

\* \* \*

## REZENSION

## Unorthodoxe Vorschläge zur Deutschlandpolitik

Egon Bahr: „Zum europäischen Frieden. Eine Antwort auf Gorbatschow“, Berlin: Siedler 1988, 101 Seite, DM 20.

Vielen fällt hierzulande der Abschied von politischen Illusionen immer noch schwer. Zu denen, die sich dem Abriß Potemkinscher Dörfer auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik verpflichtet fühlen, zählt Egon Bahr. Bei seiner Aufräumarbeit seziert der „Vordenker der deutschen Ostpolitik“ in der jetzt vorliegenden Schrift die gegenwärtige Lage in Europa. Seine messerscharfe Analyse fördert Einsichten zutage, die, wie man es von seiner realistischen Argumentation gewohnt ist, zum Umdenken einladen.

In den sechs Kapiteln seines Buches erläutert Egon Bahr die „Chance eines europäischen Friedens“, die sich seit Gorbatschows Erscheinen auf der weltpolitischen Bühne ergeben hat. Einleitend geht er auf die europäische Nachkriegsentwicklung mit ihrer politischen und ideologischen Blockbildung ein, die während des Kalten Krieges „zur Vertiefung der Teilung wie der Ohnmacht Europas“ führte. In den jüngsten Angeboten aus Moskau die gegenseitigen Bedrohungen abzubauen, sieht Bahr die Chance, „nicht die Teilung Europas, aber seine Ohnmacht zu beseitigen“. Sollte dies durch Verträge realisiert werden, so ergeben sich gerade auch für Europa „weltpolitisch interessante Perspektiven“.

Bevor Bahr die Perspektiven skizziert, würdigt er den in Moskau eingeleiteten Prozeß von Glasnost und Perestrojka. Im Gegensatz zu vielen vermeintlichen Kreml-Experten, die schon ein Scheitern zu erkennen glauben, sieht er Gorbatschow „fest im Sattel“ und warnt vor der im Westen gepflegten Fehleinschätzung: „Nicht der Riese ist hohl, sondern die Hoffnungen auf seinen Zusammenbruch.“ Zwar ist gegenwärtig noch nicht absehbar, zu welchem Ergebnis die Perestrojka führt. Aber: Unbezweifelbar sind außenpolitisch Frieden und Entspannung nötig, um diesen innersowjetischen Prozeß zu einem positiven Ergebnis zu führen.“ Der sowjetische Reformkurs bedeutet auch für die Sicherheit in Europa eine neue Chance.

Sicherheit im atomaren Zeitalter erfordert „Neues Denken“. Bahr erinnert an die 1981 im Rahmen der Palme-Kommission von ihm formulierte Überlegung, „daß es Sicherheit nur noch gemeinsam gibt. Nicht mehr gegeneinander, sondern nur miteinander werden wir sicher sein“. Die Einsicht, daß Sicherheit unteilbar ist, wird inzwischen in Ost und West aufgegriffen, wengleich im westlichen Bündnis einige „zu jammern“ anfangen, „daß man mit dem alten Gegner leichter umgehen konnte als mit dem überraschenden Partner gemeinsamer Sicherheit“. Das Konzept der gemeinsamen Sicherheit geht von den „weiterhin bestehenden ideologischen Unterschieden“ aus, räumt aber der wachsenden europäischen Eigenständigkeit mehr Spielraum ein. Beide Bündnissysteme werden also künftig über alternative Strategien, konventionelle Stabilität und strukturelle Nichtangriffsfähigkeit nachzudenken und zu verhandeln haben, sollten beide Seiten es ernst mit der gemeinsamen Sicherheit meinen. Dann: „Die vitalen Interessen Europas gestatten keine andere Antwort an Gorbatschow als ein Ja zum Neuen Denken und ein Ja zur gemeinsamen Sicherheit.“

„Wer heute über Europa nachdenkt, kommt nicht an beiden deutschen Staaten vorbei.“ Dieser Satz hat nach wie vor seine Gültigkeit. Die nun inzwischen allgemein akzeptierte Erkenntnis, daß gesamteuropäische Prozesse „nur auf der Grundlage der deutschen Teilung zu vereinbaren“ sind, verlangt nach Bahrs Ansicht neue Überlegungen zur deutschen Frage. „Bis zu einem Friedensvertrag gibt es keinen Handlungsbedarf mehr für eine strukturelle Veränderung unseres Verhältnisses zu den Siegern und zur DDR, nicht einmal einen wichtigen Handlungsbedarf. (...) Die eigentliche Frage ist, wieweit das gegeneinander, nebeneinander oder miteinander geschieht; die sterile Wiederholung eines Anspruchs auf deutsches Selbstbestimmungsrecht, das weder aufhebbar noch einklagbar ist, hilft niemandem.“

#### Friedensverträge mit beiden deutschen Staaten

Da beide deutschen Staaten in entscheidenden Fragen der Souveränität keine Kompetenzen haben, weil die Zuständigkeit für alle ganz Deutschland betreffenden Fragen nach wie vor bei den ehemaligen Siegermächten liegt, stellt Egon Bahr die Frage, „warum nicht die Forderung erhoben wird, jetzt einen Friedensvertrag für Deutschland anzustreben“? Weil in den letzten vierzig Jahren ein Friedensvertrag für Deutschland als Ganzes „zur Fiktion“ geworden ist, könnte es heute nur noch um zwei Friedensverträge für die beiden deutschen Staaten gehen. Der Sinn und Vorteil in einem solchen Vertragswerk besteht für Bahr darin: „Mit den deutschen Friedensverträgen würde die Kompetenz für alle ganz Deutschland betreffenden Fragen den Deutschen zurückgegeben. Es läge bei ihnen, ihr Selbstbestimmungsrecht so zur Geltung zu bringen, wie sie das wollen und können, sicher nicht ohne Rücksicht auf ihre Nachbarn, noch viel weniger auf ihre Freunde.“ Bei seinen Überlegungen greift Bahr auch die Frage des Berlin-Status auf und sieht die „einzig klare Lösung“ in der Eingliederung West-Berlins als Bundesland sowie der Anerkennung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR, „eine Rolle, die sie heute schon spielt“. Schließlich würden zwei deutsche Friedensverträge „die angenehme Selbsttäuschung beenden, daß wir nach dem Grundgesetz die Selbstbestimmung der Deutschen vollenden sollen, aber entsprechend der übergeordneten, dem Verfassungsgericht entzogenen Norm der Siegerrechte dafür gar nicht die Kompetenz haben“.

Auf die unumstößlichen Realitäten in Europa aufmerksam zu machen, ist eine notwendige, aber zuweilen auch undankbare Aufgabe. Mit seinen unorthodoxen Vorschlägen zur Deutschland- und Sicherheitspolitik wird Egon Bahr erneut die Diskussion über eine europäische Nachkriegsordnung beleben. Die Sozialdemokratische Partei war schon einmal erfolgreicher Schrittmacher auf diesem Feld. Eine zweite Phase der Ost-Politik ist längst überfällig und wird sich entlang der von Egon Bahr formulierten Einsichten orientieren. Man darf gespannt sein, wie innerhalb der SPD der Meinungsbildungsprozeß über den Gedanken der zwei Friedensverträge verläuft, - zumal er versichert: „Zwei Friedensverträge wären also ehrlich. Sie würden die Luft klären, die Wirklichkeit zeigen, Illusionen oder gar Heuchelei beenden. Es gibt für mich einen einzigen Grund, zwei Friedensverträge heute nicht anzustreben: Es gibt Wichtigeres, nämlich europäische Sicherheit.“

Karsten Schröder

(-/9.3.1988/rs/ks)